

Bezugspreis:
Hauptstadt, 30.- M., monatlich 10.- M.
...
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokratisches Partei

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 24. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Verbot der Freikorpswerbung.

Der Reichspräsident hat unter dem Datum vom 24. Mai 1921 folgende Verordnung über das Verbot militärischer Verbände erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. Mai 1921.

Der Reichspräsident, gen. Ebert. Der Reichskanzler, gen. Dr. Wirth. Der Reichsminister des Innern, gen. Dr. Seubert.

Nach einem amlich durch WTB. gegebenen Kommentar ist auf Grund dieser Verordnung auch strafbar, wer Geldunterstützung für solche Unternehmungen hergibt, ebenso ist strafbar die Werbung und die Aufnahme von Werbeinschriften in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Militärern zugeht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Die deutsche Grenzsperrung durchgeführt.

Berlin, 24. Mai. (WTB.) Polizeiliche Maßnahmen zur Sperrung der oberschlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das Preussische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland verhindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen soll.

Briand spricht über Oberschlesien.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Briand hatte gestern eine Unterredung mit Millerand. Der Ministerrat, der heute, wie üblich, tagen wird, wird sich jedenfalls mit der oberschlesischen Frage befassen, die in der Kammerdebatte am Nachmittage besprochen werden wird. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt sein wird, wird Briand eine Erklärung abgeben, in der er wahrscheinlich die Tragweite des gestern unternommenen Schrittes erläutern wird.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Laut „Journal“ werden in der heutigen Kammer Sitzung zwei Interpellationen über die Lage in Oberschlesien eingebracht werden, die eine von der sozialistischen Kammerfraktion, die andere von nationaler Bloch. Die Abgeordneten Gall und Peyrou hätten die Absicht ausgesprochen, die Regierung aufzufordern, unverzüglich die angekündigten Sanktionen in Anwendung zu bringen, wenn die Deutschen die Ordnung — „Journal“ schreibt wörtlich — in Polen stören würden.

Die heutige Kammer Sitzung in Paris wird von größter Bedeutung sein. Die unentwegten Ruhr-Annerkennungisten, denen am 12. Mai die Beute entgangen ist, sehen in dem Einbringen deutscher Freischärler nach Oberschlesien eine von Gott geschenkte Gelegenheit, das Verfallene nachzuholen. Sie verlangen von Briand, daß er den Kriegsfall proklamieren und marschieren lassen soll, sie drohen, ihn noch heute zu stürzen, wenn er es nicht tut.

Die deutsche Regierung hat die Grenze gegen Oberschlesien, so gut wie es geht, gesperrt. Sie dafür verantwortlich zu machen, daß die Sperrung nicht ganz gelang, ist ein Unrecht. Die Interalliierte Kommission stützt sich auf die stärksten Mächte der Welt; Geld, Menschen, Waffen stehen ihr unbegrenzt zur Verfügung. Und doch kam in Oberschlesien manches anders als sie wollte. Unter diesen Umständen der deutschen Regierung und dem ganzen deutschen Volk einen Vorwurf daraus zu machen, daß ein paar hundert oder möglicherweise tausend Ortschaften durch die Grenze geschlüpft sind, wäre eine schlimme Heuchelei.

Oberschlesien war ruhig, als sich Korsantys durch die Haltung der polnischen und der französischen Regierung zum Aufstand ermutigt fand. Oberschlesien war in hellem Brand, deutsches Leben und Eigentum war vernichtet oder gefährdet, als sich die deutsche Regierung aus höheren politischen Rücksichten den Entschluß abrang, jede gewaltsame Einwirkung von Deutschland aus zur Abwehr des polnischen Rechtsbruchs zu unterlassen. Will man unter solchen Umständen Deutschland zum Sünder stempeln, der Strafe verdient hat, so heißt das, aus schwarz weiß machen und das Recht auf den Kopf stellen. Jeder Mensch in der Welt würde begreifen, daß die

Orgesch auf Reisen.

Vom Hauptbetriebsrat bei der Eb.-Gd. Dresden gehen uns neuerdings Nachrichten über durchfahrende bayerische Orgeschtransporte zu. So passierten am Sonnabend, den 22. Mai, weitere 60 Orgeschleute, die sich als „Freischärler Oberland“ bezeichneten. Transportführer war ein Dr. Schmidt. Der Morgenzug am Sonntag brachte 40 bis 50 Mann von Salzburg, teilweise Studenten, darunter auch 14 Oesterreicher. Entgegen den ersten Transporten fuhr diese auf Massenfahrt ein. Jedoch sind auch bereits zweimal in entgegengesetzter Richtung etwa 20 Mann Rückkehrer passiert, deren Aussagen ergeben, daß das ganze Unternehmen ebenso dumme wie kopflos angezettelt ist. Es waren meist Arbeitslose, die man mit ungeheuren Versprechungen angelockt hat. (Einmalige Zahlung von 250 M., tägliche Löhnung von 50 M.) Tatsächlich haben sie nichts erhalten, auch keine Naturalverpflegung, sondern man hat ihnen den weisen Rat gegeben, wenn sie Hunger hätten, sollten sie sich das Nötige selbst von den Bauern holen. (Offenbar das wirksamste Mittel, um bei der Bevölkerung Sympathien für Deutschland zu erwecken.) Uebereinstimmend haben die Rückkehrer beider Transporte auch ausgesagt, daß die Bewaffnung sehr mangelhaft war, Gewehre hatten allein die Studenten, und diese führten auch das Kommando in der Weise, daß sie Wunderselbige mit Arrest und Erschießung bedrohten. Einzelne wurden auch in einen Keller eingesperrt. Bei den Bauern werden Pferde und dergleichen requiriert gegen ungültige Requisitionsscheine mit gefälschten Namen, so daß hier schon eine große Erbitterung entstanden ist.

Alles in allem verstärkt sich der Eindruck, daß hier eine Bande sich zusammengesetzt hat, die nur fähig ist, das allergrößte Unheil zu stiften, von deren Treiben aber weder Oberschlesien noch das deutsche Volk den geringsten Nutzen hat. Wie lange noch das deutsche Volk den geringsten Nutzen hat. Die von uns an anderer Stelle veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten wird hoffentlich dem Unfug ein Ende machen.

Beschuldigung Deutschlands nichts anderes als ein faden-scheiniger Vorwand wäre, um die Ziele des französischen Imperialismus zu verwirklichen.

In Wirklichkeit hat es nur eine Regierung gegeben, die das deutsche Volk zum Eingreifen in Oberschlesien ermutigte, das war die englische Regierung. War diese Ermutigung ein so großes Unrecht, so mögen sich die Franzosen gefälligst an den halten, der es begangen hat. Die deutsche Regierung hat trotzdem nicht ihr Gefühl sprechen lassen, sondern die äußerste völkerrechtliche Korrektheit gewahrt. In der französischen Note an die deutsche Regierung vom 19. Mai wird „der versöhnliche Geist“, von dem sich diese Regierung leiten läßt, ausdrücklich anerkannt. Unter diesen Umständen wäre ein Einbruch ins Ruhrrevier ein weltpolitischer Banditenstreich ohne Gleichen. Darum glauben wir: Frankreich wird trotz aller Nationalistenhebe zu klug sein, den Bogen seiner Gewaltpolitik so zu überspannen, daß er zerbrechen muß!

Neue Noten an Deutschland.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Briand hatte einer Haas-meldung zufolge im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, in der, wie Haas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmassnahmen von Seiten der Alliierten aussetzen wolle. Die Agence Haas glaubt zu wissen, daß dieser Schritt, um größere Bedeutung und größeres Gewicht zu haben, von einem ähnlichen Schritt in London bei dem deutschen Botschafter Sthamer unterstützt worden ist.

Paris, 24. Mai. (EE.) Der gestrige Empfang des deutschen Botschafters Dr. Mayer bei Briand dauerte 20 Minuten. Briand übergab dem Botschafter eine Note, die darlegt, daß die Offensiv der deutschen Truppen zwar aufgehoben worden ist und daß Frankreich nun die Hoffnung habe, daß sie nicht wieder aufgenommen werde. Sollte aber der gegenteilige Fall eintreten, so würde die deutsche Regierung die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn die Alliierten gemeinsam jene Zwangsmassnahmen ergreifen würden, die sie für notwendig erachten.

London, 24. Mai. (EE.) Lord Curzon berief gestern den deutschen Botschafter Dr. Sthamer zu sich und überreichte ihm eine Note.

Haas bemerkt hierzu, daß die englische Regierung nunmehr den französischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage zu teilen begreife und daß sie namenslich weiteren Truppenentsendungen nach Oberschlesien nicht gleichgültig gegenüber bleiben würde.

Die verbotene Flugzeugindustrie.

Von Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Das Entente-Ultimatum, das wir unter dem Zwange der Verhältnisse annehmen mußten, trifft besonders hart die deutsche Verkehrsflugzeugindustrie. Sie wird für gänzlich unbestimmte Dauer völlig lahmgelegt. Aber nicht nur das. Schon heute sind Bestimmungen einschneidender Art getroffen für die Zeit, in der die deutsche Flugzeugindustrie wieder arbeiten darf. Sie muß sich dann einer ständigen Kontrolle der Entente unterwerfen und muß als Bauvorschrift diejenige Auslegung annehmen, die unsere Vertragsgegner dem Begriff „Verkehrsflugzeug“ geben werden (im Gegensatz zum „Kriegsflugzeug“, das auch später in Deutschland nicht gebaut werden darf).

Luftverkehr hat nur Zweck, wenn eine große Zeiterparnis damit erzielt wird. Ohne Zwischenlandung müssen auf weite Strecken über Land und Meer große Lasten befördert werden können, sonst kann der Betrieb niemals rationell arbeiten. Technisch gesprochen bedeutet dies, daß die Entwicklung unserer Verkehrsflugzeuge zum großen Teile in Richtung der Erhöhung der Pferdestärken unserer Flugmotoren liegt. Wenn jetzt in Ententekreisen der Gedanke erörtert wird, unsere Verkehrsflugzeuge auf schwache Motoren zu beschränken, so läme dies einer Flügelschneidung gleich, die ein praktisches Verkehrsfliegen unmöglich machen würde. Wir sagen mit dieser Feststellung den Entente-Sachverständigen nichts Neues.

Unbestreitbar darf man mit einem gewissen Rechte behaupten, daß Flugzeuge, die eine große Geschwindigkeit haben und dabei erhebliche Lasten zu schleppen imstande sind, im Kriegsfall — wenigstens für eine kurze Zeit — Verwendung finden könnten. Gewiß. Man kann auch einen Ackerbau im Hindernisrennen laufen lassen und ein Kämpfer vor den Pflug spannen. In beiden Fällen mit gleichem Erfolge.

Ich glaube, mandatsruhig behaupten, daß es vom sachmännischen Standpunkte aus gesehen, unmöglich sein wird, einen Begriff festzulegen, der ein Flugzeug definiert, das zwar im internationalen Luftverkehr mit Erfolg verwendet, das aber für den Krieg unmöglich gebraucht werden kann.

Bei der Luftschifffahrt liegen die Dinge ähnlich wie bei der Seeschifffahrt. Auch hier kann schließlich jedes (ungepanzerte) Handelsschiff im Notfall in gewisser Weise eine kriegerische Verwendung finden.

Das auf unbestimmte Dauer erlassene Bauverbot ist hart. Noch härter aber kann uns die Auslegung treffen, die die Entente dem Begriff „Verkehrsflugzeug“ geben wird. Es wird dann interessant sein zu sehen, ob auch die Industrie unserer Vertragsgegner gezwungen werden wird, sich bei dem Bau von Verkehrsflugzeugen an diese Begriffsfestlegung zu halten.

Unsere nächstliegende Aufgabe ist jetzt die: dafür zu sorgen, daß die (angeblichen) Gründe, die zum Bauverbot der Entente führten, beseitigt werden. Bekanntlich behauptet die Entente, es sei noch nicht alles Heeresluftfahrtgerät abgegeben. Jeder einzelne von uns muß jetzt, von seinem Platze aus, die Regierung tatkräftig unterstützen, daß etwa noch versteckt gehaltenes ablieferungspflichtiges Material ans Tageslicht befördert wird. Die Regierung mag die Strafe für die weitere Zurückhaltung verschärfen und vor allem rücksichtslos den Schiebern gegenüber durchzuführen. Auch darf mißverständlicher Patriotismus, der den bisherigen fortgesetzten Bekehrungen unzugänglich geblieben ist, nicht weiter vor strenger Strafe schützen. Es ist ferner zu überlegen, ob man nicht unter dem Zwange der Verhältnisse den Vorschlägen nachgehen soll, die auf eine sehr hohe Ablieferungsumme und auf eine Anzeigebelohnung hinausgehen. Auf alle Fälle werden wir gut tun, die äußersten Mittel anzuwenden, um das einmal angenommene Ultimatum in loyaler Weise bis zur Grenze des Menschenmöglichen zu erfüllen.

Das zweite, was wir erstreben müssen ist: sofortige Arbeitsgelegenheit für unsere stillgelegten Flugzeugfabriken zu erhalten. Unser Wirtschaftsleben liegt katastrophal danieder. Es ist daher der Industrie, die mit dem Bau von Verkehrsflugzeugen bisher keine Gewinne, sondern nur Verluste gehabt haben dürfte, m. E. völlig unmöglich, einen neuen Artikel auf gut Glück hin anzunehmen. Der Absatz muß gesichert sein. Es kann daher nur die Ausführung fester Aufträge in Frage kommen. Unsere Flugzeugindustrie, die sich nachweislich mit den größten Anstrengungen und Opfern nach dem Kriege aus Verkehrsflugzeugen umgestellt hat, darf berechtigten Anspruch darauf erheben, bei der Ausführung von Wiedergutmachungsaufträgen in weitgehender Weise berücksichtigt zu werden. Sie wäre sehr wohl in der Lage, einen Bruchteil der 25 000 Holzhäuser, über deren Vergebung jetzt mit unseren westlichen Nachbarn verhandelt wird





